

Herr Stern, als das Klimaabkommen von Paris im Dezember 2015 verabschiedet wurde, waren Sie voller Optimismus. Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt?

Einige Dinge haben sich sehr positiv entwickelt, aber es gibt auch Gründe zu ernster Besorgnis. Politisch hat das Abkommen den Härtetest bestanden. Wir hatten ja den Schock, dass sich die Vereinigten Staaten unter Trump aus dem Abkommen zurückzogen. Aber kein anderes Land folgte diesem Schritt und trat auch aus. Das war sehr wichtig. In den vergangenen Jahren ist auch das Verständnis dafür gewachsen, dass wir die CO₂-Emissionen wirklich netto auf null bringen müssen.

Das ist doch keine neue Erkenntnis?

Physikalisch ist das nichts Neues. Aber auf der Pariser Konferenz selbst spielte das „Net Zero“-Ziel keine große Rolle. Damals dachten die Teilnehmer, es würde ausreichen, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 80 Prozent zu verringern, was den Temperaturanstieg auf etwa 2 Grad begrenzen würde. Erst der Bericht des Weltklimarats der Vereinten Nationen Ende 2018 machte allen bewusst, dass 2 Grad Temperaturanstieg viel gefährlicher sind als 1,5 Grad. Aber um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssen wir die CO₂-Emissionen bis zur Jahrhundertmitte auf null bringen.

Wir haben also heute faktisch sogar ehrgeizigere Ziele als 2015 in Paris anvisiert?

Genau. Bis zum Bericht des Weltklimarats vor zwei Jahren gingen viele von 80 Prozent Reduktion bis zur Jahrhundertmitte aus – und man sagte sich: Ich gehöre zu den 20 Prozent, die nicht klimaneutral werden müssen. Deshalb passierte zu wenig. Inzwischen aber ist klar: Die große Mehrzahl der Akteure muss in den nächsten drei Jahrzehnten netto auf null kommen, also komplett dekarbonisieren. Diese Klarheit hat einen großen Motivationseffekt. Schauen Sie sich nur an, wie viele Unternehmen sich mittlerweile zum Ziel gesetzt haben, klimaneutral zu werden, vom indischen Petrochemie-Konzern Reliance Industries bis zu Microsoft.

Und was macht Ihnen Sorgen, fünf Jahre nach dem Pariser Abkommen?

Der Klimaschutz hat, trotz Donald Trump, mehr Schwung bekommen in den vergangenen Jahren, in Japan, Korea, China, in Europa. Es gibt ein Momentum, aber es ist noch lange nicht stark genug. Die globalen CO₂-Emissionen müssten praktisch jetzt sofort ihren Höhepunkt überschreiten und dann schnell und stark fallen. Davon sind wir noch sehr weit entfernt.

Hat die Welt schon zu viel Zeit verloren, um das Paris-Ziel noch zu erreichen?

Wir haben viel wertvolle Zeit verloren. Aber es ist keineswegs unmöglich, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, wenn wir jetzt entschlossen anpacken. Wir können das schaffen!

Muss nachgelegt werden, brauchen wir eine Art Paris-Abkommen 2.0?

Die Weltklimakonferenz in Glasgow nächstes Jahr muss diese Rolle bekommen. 2015 in Paris war klar, dass die damaligen Pläne zur CO₂-Reduktion der Länder völlig unvereinbar mit dem Ziel waren, den Temperaturanstieg ausreichend zu begrenzen. Nächstes Jahr in Glasgow müssen die Staaten Pläne vorlegen, die mit dem Ziel kompatibel sind. Der Weg zur Klimaneutralität, zu „Net Zero“, das ist die große Wachstumsgeschichte des 21. Jahrhunderts. Das ist die Sprache von Politikern wie Joe Biden und Boris Johnson. Auch Emmanuel Macron und Angela Merkel sprechen diese Sprache, immer stärker auch die chinesische Regierung.

Brauchen wir nicht einen Sanktionsmechanismus, damit das Paris-Abkommen funktioniert?

Ich glaube, Freiwilligkeit ist der vielversprechendere Weg, auch wenn der Erfolg natürlich nicht garantiert ist. Sanktionen würden zu einer Spaltung führen und zu weniger ehrgeizigen Zielen. Wenn Sie Strafen fürchten müssen, falls Sie Ihre Ziele verfehlen, dann werden Sie von vornherein davor zurückschrecken, sich etwas Ehrgeiziges vorzunehmen.

Andererseits hält zum Beispiel der Nobelpreisträger William Nordhaus, ein Pionier der Klimaökonomie, das Paris-Ziel für unrealistisch, weil die damit verbundenen wirtschaftlichen Kosten viel zu hoch seien.

Er liegt damit komplett falsch. Die Prognosemodelle, mit denen er arbeitet, unterschätzen den Schaden, der durch den Klimawandel droht – und zwar in einem solch gewaltigen Ausmaß, dass es geradezu lächerlich ist. Zugleich setzt Nordhaus die Kosten des Klimaschutzes viel zu hoch an. Dabei sehen wir in vielen Bereichen beträchtliche Größenvorteile: Je mehr Klimaschutz wir betreiben, umso kosteneffizienter wird er.

Wie viel würde es kosten, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen?

Zunächst einmal würde ich nicht von Kosten sprechen, sondern von Investitionen. Das ist ein fundamentaler Unterschied. Es geht nicht darum, dass Dinge, die wir bereits heute machen, mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Es geht um Investitionen in neue Dinge und in einer radikal anderen Weise.

Und wie hoch müssen diese Investitionen sein?

Ich denke, wir müssen dafür etwa weitere 2 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung investieren. Das sind also rund 1,5 Billionen Dollar jährlich. Aber das wären sehr attraktive Investitionen, die eine gute Rendite bringen, einen höheren Lebensstandard mit attraktiveren, effizienteren Städten und viel niedrigeren Energiekosten als heute. Wenn wir diese Investitionen nicht tätigen, dann führt das zum Niedergang, wegen der Auswirkungen des Klimawandels und des Verlusts an Biodiversität.

Bedeutet eine faire Lastenteilung, dass sich die Industrieländer des Westens mehr anstrengen müssen als die Entwicklungsländer?

Ja. Ich glaube, die Industrieländer müssen sich schneller bewegen, weil sie für einen größeren Teil der historischen Emissionen verantwortlich sind. Manche Länder sollten deshalb vor 2050 klimaneutral werden, andere können dann mehr Zeit bekommen. Andererseits: Wir werden auf diesem Weg viel lernen. Die Entwicklungsländer stellen vielleicht fest, dass sie Klimaneutralität früher erreichen. Weil das nämlich die attraktivere Form von Entwicklung und Investitionen ist.

Was bedeutet die Covid-Krise der Weltwirtschaft für den Klimaschutz?

Wir brauchen wirtschaftliche Erholung, um aus dieser furchtbaren Rezession herauszukommen, und wir müssen erkennen, dass Investitionen in nachhaltige Jobs der beste Weg dafür sind. Denn das sind die Jobs der Zukunft, sichere Jobs. Es sind auch Dinge, die wir schnell angehen können und die viele Arbeitsplätze schaffen. Etwa die energietechnische Sanierung von Altbauten, die ist arbeitsintensiv.

Sie sprechen jetzt von staatlichen Investitionen?

Zum Teil, aber nicht nur. Die Altbausanierung wäre zu einem großen Teil privat. Der Breitbandausbau wäre großteils privat. Städte für Radfahrer und Fußgänger angenehmer zu machen, das wären in erster Linie staatliche Investitionen.

Aber scheuen die privaten Unternehmen in der Krise nicht vor Investitionen zurück?

Wir brauchen klare Richtungsvorgaben. Zum Beispiel haben wir in Großbritannien gerade angekündigt, dass ab 2030

„Wir können das schaffen!“

Das Pariser Klimaabkommen wird fünf Jahre alt. Der Ökonom Nicholas Stern sagt, wie wir es noch einhalten können.

keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor mehr verkauft werden dürfen. Das stößt in der Autoindustrie auf großen Enthusiasmus, und die Unternehmen investieren, um dieses Ziel zu erreichen.

Sie als Ökonom setzen auf Verbote und Regulierung und nicht auf CO₂-Preise im Kampf gegen den Klimawandel?

Der CO₂-Preis ist sehr wichtig. Aber allein damit schaffen wir es nicht. Er ist zwar ein zentraler Baustein. Aber zugleich ist ungewiss, ob ein Preis allein genügt, um schnell und günstig genug ans Ziel kommen.

Sprechen wir über die neue amerikanische Regierung. Sie waren vermutlich erleichtert, dass Donald Trump die Wahl verloren hat.

O ja, und wie.

Joe Biden ist der neue Hoffnungsträger für den Klimaschutz und das Pariser Abkommen. Zu Recht?

Wenn Sie Bidens politisches Programm anschauen, dann erkennen Sie, dass er eine grüne Wirtschaftserholung will. Er sieht diese Wachstumsstory sehr klar, genau wie damals Franklin Roosevelt. Biden hat im Wahlkampf glasklar gesagt, dass er für eine Klimaschutz-Programmatik steht. Das war durchaus mutig von ihm, denn in der Vergangenheit war der Klimawandel kein großes Thema in amerikanischen Wahlkämpfen. Aber die Wähler haben ihm jetzt ein Mandat dafür gegeben. Er hat einen Wählerauftrag, und er hat die Leute dafür berufen: John Kerry, Bidens Sonder-

Der Brite Nicholas Stern, 74, ist einer der renommiertesten Klimaökonomien der Welt. Mit seinem Bericht über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels stieß er 2006 eine internationale Debatte an. Er war unter anderem Chefökonom der Weltbank und lehrt heute an der London School of Economics.

Foto Sarah Lee/Eyevine/Laif

beauftragter für das Klima, war einer der Architekten des Pariser Abkommens. Und Janet Yellen soll Finanzministerin werden, das ist ein sehr wichtiger Posten, wenn es um den Klimaschutz geht. Auch sie hat das Klimaproblem klar erkannt. Ich kenne Kerry und Yellen beide sehr gut. Das sind hervorragende Leute.

Könnte ein von der Opposition beherrschter Senat Biden nicht viele Steine in den Weg legen?

Ein Stück weit ja. Aber ich denke, Biden wird wie Obama und Trump oft präsidiale Verordnungen, sogenannte Executive Orders, einsetzen. Außerdem: Auch der Senat wird daran interessiert sein, dass sich die Wirtschaft erholt, und die grüne Erholung ist eine starke Erholung. Es gibt also Raum für einen Deal. Wenn das einer hibekommt, dann Joe Biden. Er kennt sich besser als jeder andere damit aus, wie der Senat funktioniert.

Wenn Biden Sie morgen anrufen sollte, was würden Sie ihm für seine Klimapolitik raten?

Ich würde ihm sagen: Seien Sie sich darüber im Klaren, dass die Welt und die Vereinigten Staaten hohe Investitionen mobilisieren müssen. Deshalb schaffen Sie die Anreize dafür durch CO₂-Preise. Kooperieren Sie mit dem Rest der Welt. Man könnte von einem neuen Marshallplan für Investitionen sprechen, aber dieses Mal ist er global und multipolar. Arbeiten Sie mit Europa und China zusammen. Auf diesem Feld wird die Kooperation mit China sehr viel einfacher sein als etwa beim Handel oder in der Sicherheitspolitik. Der Klimaschutz ist ein Thema, bei dem die Vereinigten Staaten und China zusammenfinden können.

Wird China zu mehr Klimaschutz bereit sein, weil nicht mehr Trump, sondern Biden im Weißen Haus sitzt?

Ja, ich denke schon. Aber vergessen Sie nicht: China hat bereits im September angekündigt, bis 2060 klimaneutral zu werden, also deutlich vor der Wahl in Amerika. Sie haben das gemacht, weil sie das für richtig halten. China und Amerika unter Biden schlagen einen ähnlichen Weg ein. Sie haben beide erkannt, dass die grünen Investitionen der Motor für die Wachstumsstory des 21. Jahrhunderts sind.

Täuscht der Eindruck oder ist Ihr Optimismus wirklich nahezu grenzenlos?

Wir können sehr viel schaffen, da bin ich extrem optimistisch. Wir können aus dieser Rezession herauswachsen und eine neue Form des Wachstums schaffen, die viel weniger zerstörerisch ist als die bisherige. Aber ich mache mir Sorgen, ob wir das, was wir tun können, auch tun werden. Am meisten Hoffnung geben mir die jungen Leute heute, denen der Klimaschutz sehr wichtig ist. Die stehen auf der richtigen Seite der Geschichte. Sie sind nicht nur entschlossen, sondern auch gut informiert. Wir sehen Bewegung auf so vielen Feldern. Aber, um Himmels willen, wir müssen uns jetzt wirklich beeilen!

Das Gespräch führte Marcus Theurer.